



AUN

ARBEITSGEMEINSCHAFT
UMWELTPLANUNG
NIEDERELBE E.V.

Sozialministerium des Landes
Schleswig-Holstein
Brunswiker Straße 16 -22

2300 Biel

Hans Schmidt

Datum 1.8.1985

Betr.: Atomkraftwerk Brokdorf
Hier: Änderung der 4. Teilgenehmigung
AZ: IX 351 a - 416.771.130

Hiermit erhebe ich persönlich und für die Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe e.V. Einwendungen gegen die Änderung der 4. Teilgenehmigung.

Begründung:

- Atomkraftwerke stellen generell eine allgemeine Gefahr für die Umwelt, für Fauna und Flora und für die Menschen in der näheren und weiteren Nachbarschaft dar.
- Katastrophen sind nicht grundsätzlich zu vermeiden. Atomare Katastrophen sind bis heute kaum vorstellbar. Sie würden jedoch weite Landstriche akut und chronisch mit strahlenden Partikeln verseuchen. Die Überlebenden trügen in sich die hohe Wahrscheinlichkeit von somatischen und genetischen Schäden. Die Erfahrungen mit dem radioaktiven Fallout in Japan hat gezeigt, daß auch geringe Strahlendosen verheerende Folgen haben und zwar noch nach Jahrzehnten.
- Katastrophenpläne können die Katastrophe nicht verhindern. Sie geben nur den Anschein, daß für die Bevölkerung etwas getan werden könne. Dem ist jedoch nicht so. Der Unterzeichner war ABC-Beauftragter der Feuerwehr des Kreises Stade. In dieser Funktion sollte er auch den Katastrophenschutz bei Unfällen mit radioaktiven Stoffen (Reaktorschmelze, Transportunfall) gewährleisten. Er konnte dies jedoch nicht.

- Die Tragwerksplanung für den Reaktor Brokdorf ging bisher davon aus, daß ein Druckwasserreaktor gebaut würde. Insbesondere die Gründung aber auch die gesamte Tragwerksplanung wurde darauf ausgelegt. Das jetzt beantragte Kompaktlager wurde nicht berücksichtigt. Die Statik stimmt folglich nicht mehr.
- Die Einlagerung und Handhabung von Brennelementen und Neutronenquellen, d.h. von abgebrannten Brennstäben stellt eine Verdoppelung der ursprünglichen Gefahr, des ursprünglichen Risikos dar. Die Lagerung von abgebrannten, hochradioaktiven Brennstäben ist der Bevölkerung nicht zumutbar. Das Risiko zu groß. Hochaktive Brennstäbe im Kompaktlager vergrößern die Abgabe von Radioisotopen an die Umwelt und sie vergrößern das Risiko eines thermischen Schmelzens auf das doppelte. Falls die Anlage in der beantragten Form genehmigt würde, könnte der Reaktor schmelzen, durchschmelzen und das Kompaktlager.
- Bis heute ist keine einwandfreie Lösung für den endgültigen Verbleib abgebrannter Brennelemente gefunden worden. Die Wahrscheinlichkeit wächst, daß auch keine gefunden wird, die den sicheren Einschluß des atomaren Mülls über Jahrtausende gewährleistet. So ist zu erwarten, daß der atomare, strahlende Müll aus dem Atomreaktor Brokdorf in dem Kompaktlager Brokdorf verbleibt, ja sich über die Betriebsdauer dort ansammelt und so zu einem unkalkulierbaren Strahlenpotential wird.
- Plutonium ist ein besonders giftiger, strahlender Stoff. Transport und Handhabung stellen unkalkulierbar große Risiken dar. Diese sind nicht hinnehmbar.
- Tritium ist ein radioaktives Isotop des Wasserstoffs. Es wird wie dieses in den organischen Zellen eingebaut. Beim Zerfall führt es zu Störungen des Gleichgewichts in den Zellen und damit zu Schäden. Dies kann zu somatischen und genetischen Schäden führen. Die Anreicherung des Elbwassers mit künstlichem Tritium hat schon heute ein erschreckendes Maß angenommen. Tritium läßt sich nur bedingt und nur mit hohen Kosten, d.h. nur mit unwirtschaftlich großen Kosten im Reaktor bzw. Generator zurückhalten. Die Dichtheitsprüfung mit Tritium ist ein nicht hinnehmbares Gefahrenpotential.

- Die bisherige Praxis bei der Änderung von Teilgenehmigungen ist unter Mißachtung von verwaltungsrechtlichen Regeln durchgeführt worden. Dies hat dazu geführt, daß den Betroffenen die Problematik und damit die Gefährdung durch den Reaktor in der jetzt geplanten Form nicht deutlich gemacht wurde. dies ist ein eklatanter Mangel des gesamten Verfahrens. Das Verfahren muß daher Wiederholt werden.
- Die Kapazitäten der vorhandenen Stromversorgungsunternehmen sind bei weitem nicht ausgelastet. Es besteht daher kein Bedarf für den Reaktor Brokdorf. Ohne Bedarf jedoch ist die Genehmigung nicht zu erteilen.
- Der Unbefristete Leistungsbetrieb wird -in der beantragten Form- dazu führen, daß die Überwachungsbehörde keine Möglichkeit mehr hat, den Betrieb des Reaktors zu untersagen. Dies auch dann nicht, wenn neue Erkenntnisse die Abschaltung dringend erfordern.

Aus den vorgetragenen Punkten und einer Vielzahl weiterer Aspekte, die hier nicht mehr im einzelnen aufgeführt werden sollen, ist ersichtlich, daß die vorgesehene Änderung der 4. Teilerrichtungsgenehmigung und die davor ergangenen Bescheide rechtlich nicht möglich sind und das Recht auf Leben und Gesundheit der Bevölkerung mißachten.

